



Maintal, 09.11.2021

Wir kämpfen für

- eine gleich gute medizinische Behandlung von Menschen aller Schichten
- soziale und gerechte Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen
- die solidarische Unterstützung partizipativer Gesundheitsbewegungen international
- die uneingeschränkte medizinische Versorgung von Geflüchteten

Wir kritisieren

- die Kommerzialisierung der Medizin
- den Lobbyismus der Geräte- und Pharmaindustrie
- jede Form der Zwei-Klassen-Medizin

Wir sind

- Ärzt*innen
- Psychotherapeut*innen
- Medizinstudierende

Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte unterstützt Streiks der Landesbeschäftigten in den Krankenhäusern

Am heutigen Dienstag hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaften ver.di ihre Mitglieder in den Unikliniken Essen, Düsseldorf und Köln zu Warnstreiks aufgerufen; am Mittwoch, den 10. November, sollen Streikaktionen in Bonn und Münster folgen. Der Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte erklärt seine Solidarität mit dem streikenden Krankenhauspersonal.

Die Arbeitgeber der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) verweigern den Kolleg*innen weiterhin Respekt und Wertschätzung und machen Streiks unausweichlich. Auch die zweite Verhandlungsrunde für die rund 1,1 Millionen Tarifbeschäftigten und 48.000 Auszubildenden ist ohne Ergebnis zu Ende gegangen, wieder gab es kein Angebot. Weder wollen die Arbeitgeber die Belastungen im Gesundheitswesen honorieren, noch einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte zulassen. Die Beschäftigten wehren sich dagegen weiterhin mit Streik und Aktionen.

„Wenn der Druck nicht erhöht wird, bewegt sich nichts. Der Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte unterstützt die Forderung der Gewerkschaft ver.di nach einer besonderen Anerkennung und Erhöhung der Tabellenentgelte für Beschäftigte im Gesundheitswesen“, so Felix Ahls, Co-Vorsitzender des vdää, „Das Verhalten der Arbeitgeberseite ist verantwortungslos und kurzsichtig. Wir stehen voll und ganz hinter den Kolleg*innen, die jetzt in den Krankenhäusern streiken.“

„Dass die Arbeitgeber in der jetzigen Situation auf Konfrontation mit den Beschäftigten gehen, zeigt, dass sie immer noch nichts verstanden haben. Die Pandemie zeigt uns, wie wichtig ein guter öffentlicher Dienst ist, gerade im Gesundheitswesen. Statt die Kolleg*innen dort zu motivieren und die Bedingungen – auch finanziell – zu verbessern, damit nicht noch mehr von ihnen hinschmeißen und den Beruf verlassen, scheinen es die Arbeitgeber mit ihrer Verweigerungshaltung darauf anzulegen, den Pflegenotstand noch zu verschärfen“, so Ahls.

Braucht es erst wochenlange Streiks wie bei Vivantes und an der Charité in Berlin, damit so selbstverständliche Dinge wie Lohnerhöhungen, die den aktuellen Preissteigerungen angemessen sind, umgesetzt werden? Ein solches Szenario können die Arbeitgeber bei den wieder rasant ansteigenden Covid-19-Patient*innenzahlen nicht im Ernst wollen.

*Kontakt für Rückfragen:
Dr. Nadja Rakowitz, Pressesprecherin*